

## BUNDESINITIATIVE DIFFERENZIIERTES SCHULWESEN

Ingrid Ritt Welser Str. 29 94315 Straubing  
Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Bildungsausschuss  
Frau Vorsitzende  
Anke Erdmann  
24171 Kiel

Per Email: [Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de)



28. Mai 2014

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/2919

### **Stellungnahme zum Gesetzentwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes der Landesregierung Schleswig-Holstein**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Erdmann,

für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes der Landesregierung Schleswig-Holstein bedanken wir uns als „Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen – 3xMEHR“ sehr herzlich.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf „Lehrkräftebildungsgesetz Schleswig-Holstein“ (LehrBG) können wir nicht zustimmen und lehnen diesen ab.

Eine qualitativ hochwertige Lehrkräfteausbildung kann mit einer Einheitsausbildung im Sekundarbereich niemals erreicht werden. Eine fachwissenschaftlich fundierte Ausbildung unter Beachtung der Profile und Curricula der einzelnen Schularten mit entsprechender Pädagogik ist unverzichtbar. Eine pauschale Lehrkräftebildung für alle Schularten ist sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte unverantwortlich.

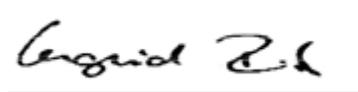
Zudem stellen wir uns die Frage, ob die Gleichwertigkeit und die Anerkennung des künftigen gesamten Studienabschlusses bzw. der Lehrkräfteausbildung gegeben sind, wenn die Referendarzeit zum Beispiel an einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe absolviert wird.

Die nach dem neuen Gesetzentwurf ausgebildeten Lehrkräfte werden benachteiligt, weil deren Ausbildungen in anderen Bundesländern nicht anerkannt werden. Die in Schleswig-Holstein ausgebildeten Lehrkräfte könnten auf Grund der fehlenden Fachlichkeit nicht in differenzierten Schulformen unterrichten und werden in ihrer Mobilität extrem eingeschränkt.

Die angestrebte „Einheitslehrausbildung“ ist der Weg zur Überführung in ein Einheitsschulwesen. Ein Einheitsschulwesen wird niemandem gerecht, nicht den Schülerinnen und Schülern, nicht den Lehrkräften, nicht den Eltern, nicht der Wirtschaft, nicht Ihrem Land Schleswig-Holstein. Sämtliche wissenschaftlichen Befunde bestätigen dies.

**Wir fordern Sie auf, diesen Gesetzentwurf zu stoppen und eine sachliche, inhaltliche, qualitätsorientierte Debatte mit allen an Bildung beteiligten Verantwortlichen aufzunehmen.**

Freundliche Grüße



Ingrid Ritt